



Ostschweiz am Sonntag
9001 St. Gallen
071/ 272 77 11
www.ostschweiz-am-sonntag.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 59'005
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 25'865 mm²

Das Funksystem, das Polizei, Grenzwacht und andere Dienste verbindet, ist kaum fertig und schon veraltet. Nun muss es für 110 Millionen Franken nachgerüstet werden.

Millionen für das Alarmsystem

EVA NOVAK

Das Projekt dauerte 15 Jahre und ist jetzt auf der Zielgeraden: Als letzter Kanton schliesst sich dieser Tage Zug Polycom an. So heisst das Funknetz, über welches Polizei, Sanität, Grenzwacht, Zivilschutz, Feuerwehr, Betreiber von Kernkraftwerken und anderen kritischen Infrastrukturen, Rettungsflugwacht und Teile der Armee miteinander kommunizieren. Für die insgesamt 55 000 Nutzer ist es sicher, da verschlüsselt.

Sollte etwa dem Unterhaltsdienst auf einer Autobahn ein verdächtiger Lastwagen mit Flüchtlingen auffallen, so meldet er dies über Polycom der Einsatzzentrale, die über Polycom die Polizei benachrichtigt. Auch der Rettungsdienst wird, wenn nötig, über Polycom aufgeboten.

Neun Kantone trifft es hart

Das hypothetische Beispiel zeigt: Dass nun alle Kantone mitmachen, ist eine gute Nachricht. Doch die schlechte betrifft jene Kantone, die als erste dabei waren. Sie drohen demnächst abgehängt zu werden, weil ihre Sendeanlagen mit teils 20jähriger Technik inzwischen veraltet sind. «Der Hersteller hat uns mitgeteilt, er sei ab dem Jahr 2018 nicht mehr in der Lage, die Stationen zu reparieren», sagt Benno Bühlmann, Direktor des Bundesamtes für

Bevölkerungsschutz (Babs). Ersatzteile seien dannzumal ebenfalls keine mehr vorhanden.

Betroffen sind neun Kantone, darunter Aargau, Thurgau, Schaffhausen, Glarus, Genf und die Waadt. «Wenn wir nichts unternehmen, müssen wir realistischere davon ausgehen, dass Funklöcher entstehen», sagt Bühlmann. Deshalb müsse das System modernisiert und die älteren Stationen nachgerüstet werden. Das kostet gemäss dem Babs-Direktor etwa 110 Millionen Franken, wovon gut die Hälfte auf den Bund entfällt. Danach müssten auch die übrigen Stationen mit einer neuen Technologie ausgerüstet werden, wozu Bund und Kantone zusammen bis 2030 weitere 400 Millionen Franken aufwerfen müssen.

Auslegeordnung Ende Jahr

Als Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats in der vergangenen Sommersession über diesen Umstand informiert wurden, sind sie aus allen Wolken gefallen. Zumal es nicht die einzige Baustelle bei den Informations- und Kommunikationstechnologien im Bevölkerungsschutz ist, wie sie erfahren. Die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann verlangte per Vorstoss Auskunft darüber, welche Systeme es zurzeit gibt, welche für die Zukunft geplant sind und wie sie finanziert werden sollen. Beim Bun-

desrat rannte sie damit offene Türen ein: Er beantragte diese Woche die Annahme des Postulats, womit die Chancen gut stehen, dass der Bericht vorgelegt wird.

Und das schon bald: Bühlmann stellt bereits für Ende dieses Jahres «eine saubere Auslegeordnung» in Aussicht, damit die Politik weiss, was auf sie zukommt. Und das ist nicht wenig. Neben Polycom zählt der Babs-Direktor auf:

- **Polyalert:** Das Projekt Sirenen-Alarmierungssystem wird ebenfalls dieses Jahr abgeschlossen.

- **Polyinform:** Die Erneuerung des Systems zur Information der Bevölkerung bei Krisen und Notlagen steckt ebenfalls in der Abschlussphase.

- **Projekt Handyalarmierung:** Weil grosse Teile der Bevölkerung nicht auf Sirenen reagieren, sollen sie künftig per Smartphone gewarnt werden.

- **Für Vulpus Telematik,** das bereits 28jährige Meldungsvermittlungssystem zwischen den Behörden von Bund und Kantonen, wird zurzeit ein Nachfolgeprojekt aufgegleist.

- **Drahtlose Breitbandkommunikation:** Bei der Weiterentwicklung von Polycom kann man nicht nur Gespräche führen, sondern auch Bilder und Daten austauschen.

All das ist mit «erheblichen Kosten» verbunden, so Bühlmann. Es bringe aber einen «massiven Mehrertrag» für die Sicherheit.